

Der außenpolitische Instrumentenkasten 24.08.2016



BERLIN/MOSKAU (Eigener Bericht) - Berliner Regierungsberater spekulieren über mögliche offensive Schritte der russischen Außenpolitik und diskutieren Gegenmaßnahmen. Wie die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in einer umfangreichen Studie konstatiert, habe Moskau den "Instrumentenkasten" seiner Außenpolitik "in den vergangenen Jahren immer weiter entwickelt und ausdifferenziert". Er enthalte heute "verbesserte militärische Fähigkeiten, daneben aber auch eine Vielzahl 'weicher' Werkzeuge"; die SWP führt "orchestrierte Desinformationskampagnen in traditionellen Massenmedien und sozialen Online-Netzwerken, Instrumentalisierung ethnischer Minderheiten, Nutzung zivilgesellschaftlicher Organisationen, wirtschaftliche Kooperation oder wirtschaftlichen Druck" an. Die Studie spielt in fiktiven Szenarien etwa eine Unterstützung extrem rechter Parteien in westeuropäischen Wahlkämpfen durch Moskau durch und nimmt Schritte zur Abwehr russischen Einflusses in den Blick. Bei derlei Auslandsaktivitäten, die nun auch Russland zugetraut werden, handelt es sich um Praktiken, die seit je zum Instrumentarium der NATO-Staaten gehören - insbesondere auch Deutschlands.

Spekulative Szenarien

Im Rahmen ihrer Bemühungen, Konsequenzen daraus zu ziehen, dass die Analyseapparate in der Bundesrepublik strategische Schritte der russischen Außenpolitik nicht vorhergesehen haben - etwa Moskaus scharfe Reaktion auf den Umsturz in der Ukraine oder die Intervention im Syrien-Krieg (german-foreign-policy.com berichtete [1]) -, hat die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) unlängst elf Szenarien entwickelt, die in spekulativer Weise unterschiedliche, zumeist offensive Aktivitäten Moskaus skizzieren und mögliche Gegenmaßnahmen in den Blick nehmen. Die skizzierten Aktivitäten entsprechen teilweise Schritten, die Moskau in den letzten Jahren bereits unternommen hat; teilweise führen sie solche Schritte gedanklich weiter. Weitgehend handelt es sich dabei um Praktiken, die Deutschland und andere EU- und NATO-Staaten schon seit je zur Durchsetzung ihrer außenpolitischen Ziele anwenden und die Russland nun entweder nachahmt oder deren Nachahmung die SWP ihm zumindest potenziell zutraut.

Die äußerste Rechte

Zu den außenpolitischen "Instrumenten", die Moskau inzwischen nutzt, zählt die SWP etwa die Unterstützung politischer Parteien in EU-Staaten, insbesondere die Unterstützung rechter Parteien. Eines der SWP-Szenarien schildert fiktive russische Wahlkampfhilfe für den französischen Front National (FN) vor der französischen Präsidentschaftswahl im April 2017.[2] Moskau verfolge mit der Stärkung nationalistischer Parteien zum einen das Ziel, den Zusammenhalt innerhalb der EU zu schwächen, erklärt die SWP; zum anderen suche es Kräfte zu stärken, die die Kooperation mit den Vereinigten Staaten reduzieren und stattdessen die Kooperation mit Russland weiter ausbauen wollen. Der FN ist in der Vergangenheit tatsächlich aus Russland unterstützt worden. Förderung für - auch ultrarechte - Parteien in anderen Staaten, um diese etwa von traditionellen Bündnispartnern zu lösen und sie an Deutschland zu binden, gehört allerdings zu den traditionellen Mitteln der deutschen Außenpolitik, die dazu sogar parteinahe Stiftungen in zahlreichen Ländern auf allen Kontinenten unterhält. Ultrarechte Kräfte sind von deutschen Stellen etwa in Kroatien unterstützt worden, als das dazu beitrug, Jugoslawien zu zerschlagen [3], und in der Ukraine, um den Umsturz vom Februar 2014 zu ermöglichen (german-foreign-policy.com berichtete [4]). In Russland sympathisiert die deutsche Außenpolitik unter anderem mit dem Oppositionspolitiker Alexei Nawalny, der mehrfach an Kundgebungen der extremen russischen Rechten teilgenommen hat und für rassistische Hetze bekannt ist. Im Herbst 2013 plädierte die führende Zeitschrift des deutschen Außenpolitik-Establishments, die "Internationale Politik",

dafür, über "Dialogforen" in Russland auch "Gruppen ... etwa aus dem nationalistischen und patriotischen Lager" zu fördern: Diese seien "ein wichtiger Faktor in der russischen Gesellschaft".[5]

Schutzmächte

In einem weiteren Szenario skizziert die SWP die "Instrumentalisierung ethnischer Minderheiten", insbesondere der Russlanddeutschen, durch Moskau. Das Szenario schildert fiktive Wahlerfolge einer eng mit Russland kooperierenden russlanddeutschen Partei sowie Bemühungen der Moskauer Regierung, sich zu einer Art Schutzmacht der Russlanddeutschen aufzuschwingen, um so Einfluss auf die deutsche Politik zu nehmen. Moskau hat zu Jahresbeginn in der Tat entsprechende Schritte unternommen.[6] Das Vorgehen entspricht exakt einer alten Strategie der deutschen Politik. Über das Bundesinnenministerium sowie über verschiedene Vorfeldorganisationen, etwa über die staatlich kofinanzierte Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) [7], unterhalten staatliche deutsche Stellen enge Beziehungen zu deutschsprachigen Minderheiten in zahlreichen Ländern Europas und Zentralasiens. Deren Organisationen werden von der Bundesrepublik finanziell unterstützt und regelmäßig zu Lagebesprechungen mit Vertretern des Innenministeriums nach Deutschland eingeladen (german-foreign-policy.com berichtete [8]). In Polen steht der deutschsprachigen Minderheit grundsätzlich ein Sitz im Sejm zu; der Abgeordnete, der ihn innehat, hält gewöhnlich engen Kontakt zu deutschen Politikern, so zum Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten. In Rumänien amtiert derzeit ein langjähriger Leiter einer Organisation von "Rumäniendeutschen" als Staatspräsident. Klaus Johannis verdankt seine politische Karriere der Unterstützung deutscher Regierungsstellen für die deutschsprachige Minderheit im Land. Er hat stets loyal mit Berlin kooperiert; kurz vor der ersten Runde der Präsidentenwahl am 2. November 2014, bei der er letztlich erfolgreich war, hat Bundeskanzlerin Angela Merkel dafür geworben, ihn zu wählen (german-foreign-policy.com berichtete [9]). Johannis wird in seiner Eigenschaft als Funktionär der "Rumäniendeutschen" explizit als "Brückenbauer" zwischen Berlin und Bukarest in Anspruch genommen; das soll dabei helfen, der Bundesregierung Sonderkanäle zur Einflussnahme in seinem Land zu öffnen.

Staatspropaganda

Besondere Aufmerksamkeit widmet die SWP dem Ausbau russischer Medien in Westeuropa, nicht zuletzt auch in Deutschland. Moskau verfüge über "ein Netzwerk loyaler Medien", "insbesondere die TV- und Radiosender 'RT' und 'Sputnik'", heißt es in einem Szenario; es benötige "nur einen geringen Mitteleinsatz - zum Beispiel Desinformations- und Diskreditierungskampagnen über russische Online-Medien" -, um "die politischen Kräfteverhältnisse" spürbar zu beeinflussen. Dass Staaten Auslandssender unterhalten, ist unter NATO-Mitgliedern durchaus üblich. Die USA etwa sind weltweit mit staatsfinanzierten Programmen wie Voice of America, Radio Free Europe oder Radio Free Asia präsent, Frankreichs Außenministerium betreibt Radio France Internationale, in Deutschland wird die Deutsche Welle aus dem Regierungshaushalt finanziert. Weitere Staaten wie etwa Qatar unterhalten ebenfalls Auslandsprogramme; der vom qatarischen Herrscherhaus kontrollierte Sender Al Jazeera wird in Deutschland nicht kritisiert - er hat sich in den Umbrüchen in der arabischen Welt und vor allem im Syrien-Krieg auf die Seite des Westens geschlagen. Wie unlängst eine Kurzanalyse in den an der Universität Bremen publizierten "Russland-Analysen" feststellte, haben die vom russischen Staat finanzierten Medien, die aktuell große Aufmerksamkeit im außenpolitischen Establishment erhalten und massiv attackiert werden, ihre Auslandsaktivitäten erst "mit der Ukraine-Krise" ausgeweitet.[10] Berlin und Brüssel haben elaborierte Gegenmaßnahmen gestartet; so baut die EU eine PR-Einrichtung auf ("East StratCom Task Force" [11]), die der SWP zufolge "Kommunikationsstrategien und Kampagnen zu den Aktivitäten der EU" entwickelt und dabei "ein positives EU-Narrativ ... schaffen" soll - klassische Staatspropaganda.

Multipolar, nicht unilateral

Weitere Szenarien aus der SWP-Studie beschreiben Mittel klassischer internationaler Machtpolitik. So spielt der Think-Tank durch, wie die Kräfteverhältnisse in Nah- und Mittelost sich entwickeln könnten, sollte Russland seine geheimdienstliche Kooperation mit Syrien, Iran und dem Irak um ein bilaterales "Sicherheitsabkommen" mit Bagdad erweitern. Die SWP empfiehlt Schritte, mit denen die EU in Mittelost "jene politischen Räume ... schließen" könne, in die Russland vorzudringen drohe. Darüber hinaus diskutiert die Studie, wie zu reagieren

sei, sollte Moskau den Aufbau der NATO-Raketenabwehr in Osteuropa nicht hinnehmen und die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westrussland ankündigen. Analysiert werden auch - rein spekulative - Militärinterventionen Russlands in Kasachstan oder Tadschikistan sowie ein etwaiger Zusammenschluss Nord- und Südossetiens innerhalb der Russischen Föderation. Bei alledem handelt es sich um Praktiken, die bis zur russischen Übernahme der Krim bzw. bis zu Moskaus Intervention in Syrien weitestgehend ein Monopol der NATO-Staaten waren, die nun aber auch von Russland angewandt werden. Moskaus Ziel ist es laut SWP, "die amerikanisch geführte unilaterale Weltordnung durch eine multipolare zu ersetzen". Berlin bereitet sich auf Gegenmaßnahmen vor.

[1] S. dazu [Konfrontation als Ziel](#) .

[2] Zitate hier und im Folgenden: Sabine Fischer, Margarete Klein (Hg.): Denkbare Überraschungen. Elf Entwicklungen, die Russlands Außenpolitik nehmen könnte. SWP-Studie S 15, Juli 2016.

[3] S. dazu [Nützliche Faschisten](#) und [Die Ära des Revisionismus \(II\)](#) .

[4] S. dazu [Termin beim Botschafter](#) und [Vom Stigma befreit](#) .

[5] Stefan Meister: Mehr Mut gegenüber Moskau. Wie eine neue deutsche Russland-Politik aussehen könnte. Internationale Politik September/Oktober 2013. S. dazu [Hebelpunkte gegenüber Russland](#) .

[6] S. dazu [Die Ausweitung der Kampfzone](#) .

[7] S. dazu [Hintergrundbericht: Die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen](#) .

[8] S. dazu [Beziehungen pflegen](#) und [Back to the Roots](#) .

[9] S. dazu [Das "Deutschtum" als Brücke](#) und ["Etwas deutscher regiert werden"](#) .

[10] Dmitri Stratievski: Die Wirkung der Staatsmedien Russlands in Deutschland: Genese, Ziele, Einflussmöglichkeiten. In: Russland-Analysen Nr. 317, 03.06.2016. S. 13-16.

[11] S. dazu [Kalter Medienkrieg](#) und [Die westliche Doppelstrategie \(II\)](#) .

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com